Konflikt um IGS-Oberstufe flammt neu auf

Oytener CDU äußert Bedenken gegen Außenstelle in Achim / SPD: Christdemokraten gefährden Schulfrieden

Das Thema Oberstufe für die Integrierte Gesamtschule (IGS) lässt die Oytener Politik nicht los. Im Gegenteil: Via Mitteilung hat die CDU Bedenken gegen die Einrichtung einer Oberstufe als Außenstelle in Achim geäußert – und sich damit gegen den Kompromiss positioniert, den die Niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt vorgeschlagen hat. Die Reaktion der Gemeinde-SPD ist eindeutig: Sie wirft den Christdemokraten vor, den Schulfrieden in Oyten zu gefährden.

VON JUSTUS SEEBADE

Oyten. In der Diskussion um die Einrichtung einer Oberstufe für die Integrierte Gesamtschule (IGS) Oyten liefern sich die großen Parteien im Gemeinderat einen verbalen Schlagabtausch. Auslöser des Konflikts ist eine Mitteilung der Christdemokraten, in der sie den Kompromiss, die Oberstufe als Außenstelle in Achim zu installieren, kritisieren. Diesen Vorschlag der Niedersächsischen Kultusministerin Frauke Heiligenstadt hatten sowohl Landrat Peter Bohlmann (SPD) als auch der Oytener SPD-Fraktionschef Heiko Oetjen Ende vergangenen Jahres ausdrücklich gelobt.

„Die IGS-Zukunft ist nun endlich gesichert", hatte Oetjen damals gejubelt. Die CDU sieht das Ganze ein wenig anders. „Grundsätzlich gilt: Wir wollten immer eine Oberstufe hier in Oyten. Der defizitäre Haushalt mag uns zu einem Kompromiss drängen, aber dieser Kompromiss darf nicht so ausgestaltet werden, wie es die Kultusministerin, der Landrat oder Herr Oetjen andeuteten", heißt es seitens der Christdemokraten.

Sie werfen die Frage auf, wie verschiedene Konzepte, pädagogische Ansätze und Herangehensweisen aus den verschiedenen Schulen in einer gemeinsamen Oberstufe aufeinander abgestimmt werden sollen – schließlich würden die unterschiedlichen Schulformen doch eigentlich miteinander konkurrieren. Zudem fragt sich die CDU, wie der Personaleinsatz in der Praxis aussehen soll, da bislang noch nicht von zusätzlichen Lehrkräften die Rede gewesen sei. „Werden die Lehrer der IGS hin- und herfahren müssen? Oder sollen die Lehrkräfte des Cato die IGS-Oberstufenschüler unterrichten?", rätselt die CDU.

Ihrer Ansicht nach brauche man schon viel guten Willen, um sich ein harmonisches Nebeneinander der Schüler und Lehrer von Gymnasium und IGS-Oberstufe in einem Schulgebäude und auf einem Schulhof vorzustellen. Gemeinsamer Unterricht, wie ihn Oetjen zumindest für Nebenfächer andeutete, klingt für die Christdemokraten nach „Wunschdenken".

Zudem glaubt die CDU, dass die für eine Oberstufe benötigte Mindestzahl von 54 Schülern dauerhaft erreicht werden könne, auch wenn dies nicht wahrscheinlich sei.

Die Einrichtung einer Oberstufe für die IGS Oyten bleibt Gegenstand der politischen Diskussion. FOTO: FOCKE STRANGMANN

Letztlich sei aber Fakt, dass die Gemeinde Oyten derzeit nicht die finanziellen Mittel habe, auch noch Räumlichkeiten für eine Oberstufe zu bauen. „Wir brauchen Unterstützung von außen", meint die CDU. Die IGS sei bislang nur dort erfolgreich, wo ihr Konzept auch gelebt werde. „Dieses Konzept nun aufzuweichen oder kleinreden zu lassen, kommt für uns nicht infrage. Wir brauchen eine IGS-Oberstufe, wenn irgend möglich in Oyten", hält die CDU abschließend fest.

Dass dieses Szenario die optimale Lösung wäre, sieht die Oytener SPD genauso. „Das hat übrigens nie jemand bestritten. Außer heiße Luft zu produzieren und zu erklären, dass sich die Gemeinde Oyten die Kosten dafür nicht leisten kann, hat die CDU allerdings keine Wege aufgezeigt, wie diese Top-Lösung erreicht werden kann", meinen die Sozialdemokraten, die der CDU vorwerfen, mit ihrem Vorstoß „den Schulfrieden in Oyten" zu gefährden.

Das Konzept der Kultusministerin sehe vor, dass die Oberstufe dort eingerichtet wird, wo es freien Schulraum gibt und wo mit einem starken Gymnasium kooperiert werden kann – und das, so die SPD, sei „im Interesse hochwertiger Bildung". Sollte es unter den derzeitigen Rahmenbedingungen möglich sein, die Oberstufe in Oyten zu installieren, würde sich die SPD dafür einsetzen. „Aber nur auf einen vagen Plan A zu setzen, ohne einen gangbaren Plan B parat zu haben, ist keine zielführende Politik."

Natürlich stehe es der Gemeinde Oyten als Träger der Schule frei, eine Oberstufe auf eigene Kosten zu errichten. Dazu müsste diese aber erst genehmigt und dafür solide nachgewiesen werden, dass auf Sicht von vier Jahren mindestens 54 Schüler pro Jahrgang das Abitur machen. „Danach sieht es derzeit leider nicht aus", meint die SPD.